

## Region

# Auch Linke nehmen Kathrin Schweizer in die Pflicht

**Nach umstrittenem Eritrea-Fest** Parteiübergreifendes Kopfschütteln wegen Anfeindungen unter Eritreern in Grellingen: Die Politik fordert Antworten, die Sicherheitsdirektorin schweigt – noch.

Benjamin Wirth

Und auf einmal blickt die ganze Schweiz nach Grellingen, in die kleine Laufentaler Gemeinde. Am letzten Samstag hat im Dorf ein Konflikt zwischen den verfeindeten Lagern der eritreischen Diaspora zu eskalieren gedroht: Nur ein Grossaufgebot der Kantonspolizei hielt die Gruppen voneinander fern. Der Fall macht national Schlagzeilen, die Politik fordert eine rasche Aufarbeitung.

Im Fokus steht dabei die Baselbieter Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer (SP): Der Kanton steht in der Kritik, die Tragweite des Anlasses falsch eingeschätzt zu haben – in der Lagerhalle in Grellingen nehmen am Samstag rund 400 regimetreue Eritreer an dem Fest teil, zugleich protestieren ungefähr 300 Kritiker draussen gegen das Event.

Bürgerliche fragen sich nun, weshalb die Versammlung im Vorfeld nicht untersagt worden ist. Dass bei eritreischen Volksfesten grosses Konfliktpotenzial herrscht, sei längst kein Geheimnis mehr.

Tatsächlich: In den letzten Monaten sind solche Veranstaltungen oftmals dazu genutzt worden, dem heimischen Diktator Isayas

Afewerki und seinem antidemokratischen Regime zu huldigen. Zugleich holen regimekritische Landsleute immer häufiger zum Gegenschlag aus. Sie befürchten, wegen des Imageschadens leide auch ihr Ruf, der aller Landsleute.

Anfang September eskalierte die Situation in Opfikon bei Zürich: Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Regimetreuen und Regimekritikern; zwölf Personen wurden verletzt. Kurz nach der Massenschlägerei forderten der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr (parteilos) sowie die SVP, die regimetreuen Eritreer auszuschaffen, was viele innerhalb der Diaspora unterstützen würden.

## Wäre ein Verbot angebracht gewesen?

Im Baselbiet wird derzeit ebenfalls über verschärfte Massnahmen diskutiert. SVP-Fraktionschef Peter Riebli möchte in einem Vorstoss von der Regierung etwa wissen, ob die Polizei in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Migration den Asylstatus jedes einzelnen Teilnehmers des Festes in Grellingen überprüfen werde – um ihn, falls angebracht, aufheben zu können. Er betont: «Es kann nicht sein,

«Es ist schon verwunderlich, dass regimetreue Eritreer noch in der Schweiz leben. Ich bin auch dafür, dass ihr Asylstatus überprüft wird.»

Stephan Ackermann  
Fraktionschef der Grünen

dass man das Regime feiert, unter dem man «an Leib und Leben gefährdet» zu sein vorgibt.»

Für Riebli wäre ein Verbot der Veranstaltung zudem «verhältnismässig» gewesen. Gemäss Polizeigesetz könne ein Anlass nämlich untersagt werden, wenn «umfangreiche verkehrspolizeiliche Massnahmen» erforderlich

seien, «was in Grellingen am Wochenende fraglos der Fall war». Die Polizei musste das Gebiet am Wochenende grossflächig absperren.

Neben der SVP wird auch Simon Oberbeck, Fraktionspräsident der Mitte, einen dringlichen Vorstoss lancieren, der in eine ähnliche Richtung zielt. Darüber hätte die BaZ gern bereits jetzt mit Kathrin Schweizer gesprochen. Die Regierungsrätin möchte vor der Landratssitzung am Donnerstag aber nichts zur Causa sagen.

Klar ist indes: Die Politik möchte Antworten – und nimmt die Sicherheitsdirektorin in die Pflicht. Der Druck kommt jedoch nicht nur von rechts, sondern ebenfalls von linker Seite, was in Asyldebatten durchaus Seltenheit hat. So sagt Stephan Ackermann, Fraktionschef der Grünen: «Die Werte des eritreischen Regimes entsprechen nicht unseren Vorstellungen. Wir haben in der Schweiz gewisse Regeln, an die man sich halten muss.» Es sei daher richtig gewesen, dass die Polizei «für Ruhe und Ordnung» gesorgt habe.

Law and Order, bislang nicht das Kernthema der Grünen – Ackermann betont aber weiter, es sei richtig, Kathrin Schweizer mit-

tels politischer Vorstösse kritische Fragen zu stellen. Er sagt: «Es ist schon verwunderlich, dass regimetreue Eritreer noch in der Schweiz leben – und nicht in ihre Heimat zurückgehen. Ich bin etwa auch dafür, dass ihr Asylstatus überprüft wird.» Gleichzeitig ist es dem Grünen wichtig, dass die Bürgerlichen – «und insbesondere die SVP» – nicht nur ihre Klientel bespielen. «Eine wahrhaftige Auseinandersetzung mit dem Thema ist vonnöten. Ich hoffe, die Bürgerlichen haben das nötige Gespür.» Es gehe nämlich nicht darum, «Kathrin Schweizer in die Pfanne zu hauen», was der Sache nicht gerecht würde.

## «Das sind keine echten Flüchtlinge»

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema – das wünschen sich ebenso viele Eritreer. Klar, allen voran die regimekritischen. Sie warnen vor einer Generalisierung aufgrund solcher umstrittener Veranstaltungen.

Samson Yemane, Sprecher des regimekritischen eritreischen Medienbunds, sagt auf Anfrage der BaZ, solche Festivals wie in Grellingen würden dazu dienen, «die Diktatur zu verbreiten und gleichzeitig Geld zu

sammeln, um sie in Eritrea zu stärken». Die Tageszeitung bz berichtete etwa, es sei eine Rede des eritreischen Botschafters auf dem Fest auf Tiktok live übertragen worden. Samson Yemane hat Erwartungen. Die Behörden sollen «systematisch überprüfen, was die Ziele und Zwecke eines eritreischen Festivals sind, bevor sie eine Genehmigung erteilen».

Die Diktatur in Eritrea verurteilt auch die SP, die Partei von Regierungsrätin Schweizer. Miriam Locher, Landrätin und Baselbieter Kantonalpräsidentin, respektiert deshalb, dass das Thema nun diskutiert wird. Doch sie sagt: «Die Meinungsfreiheit ist in die Analyse miteinzubeziehen. Es war in Grellingen ein privater Anlass in privat gemieteten Räumen.» Ob solche Events künftig noch bewilligt würden, «muss analysiert und angeschaut werden».

Trotzdem nimmt Locher die Sicherheitsdirektion um Kathrin Schweizer in Schutz. «Um die Situation aufzuarbeiten, braucht es keinen politischen Anstoss. Ich vertraue der Polizei, dass sie dies macht.» Die Vorstösse von rechter Seite würden nur «zur Bewirtschaftung der Themen» dienen.

## Neue ÖV-Haltestelle für das Kloster Mariastein

**Verkehrsfreies Areal** Das Bauprojekt «Mariastein 2025» kommt einen entscheidenden Schritt voran.

Mariastein steht vor einer grossen Veränderung: 2025 soll es neu gestaltet und verkehrsfrei werden. Über 250'000 Menschen besuchen den Platz pro Jahr. Täglich hielten und wendeten hier 64 Postautokurse, schreiben die Projektverantwortlichen. Und: «Täglich, in Spitzenzeiten an Wochenenden von Mai bis September erst recht, fahren Autos über das Gelände auf der Suche nach einem Parkplatz.» Das soll sich nun ändern: Mariastein soll verkehrsfrei werden.

In der Planung der Arealgestaltung Klosterplatz «Mariastein 2025» ist man nun einen entscheidenden Schritt weiter. Als erste flankierende Massnahme wird im Januar 2024 die Baueingabe des Pilgerparkplatzes folgen. Mitte Jahr soll der Parkplatz, der rund fünf Gehminuten vom Kloster weg platziert ist, gebaut werden. 200 Parkfelder gross soll er werden und, im Gegensatz zu den bisherigen Parkfeldern, Gebühren kosten. Dafür werden 40 Parkfelder in unmittelbarer Nähe zum Kloster entfernt. «Behindertengerecht bleiben wir trotzdem», betont der Projektverantwortliche Mariano Tschuur.

«Im Projekt geht es endlich einen Schritt weiter», sagt er. Mit der Neugestaltung des Pilgerparkplatzes wird laut Tschuur das «neue Ankommen in Mariastein» in Angriff genommen. Dazu gehört auch eine neue ÖV-Haltestelle. Diese wird laut BLT Ende Dezember 2024 in Betrieb genommen.



Das Projekt «Mariastein 2025» bringt grosse Veränderungen mit sich: Das Kloster im August 2021. Foto: Lucia Hunziker

## Integrativer Kindergarten: Spatenstich erfolgt

**Projekt** In der Sonnhalde Gempfen ist am Montag der Spatenstich zu einem millionenschweren Bauprojekt erfolgt. Bis im Jahr 2025 sollen neue Gebäude für den integrativen Kindergarten, die Tagessonderschule und ein Begegnungszentrum bezugsbereit sein. Auf dem Areal wohnen zurzeit 45 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 18 Jahren.

«Wir sind einen entscheidenden Schritt weiter», sagt die Projektverantwortliche Therese Ledergerber. Der Kindergarten sei bisher in einer gebrauchten Militärrückbaracke aus den 70er-Jahren untergekommen. «Wir brauchen schöne, passende Räume für Kinder und Jugendliche», sagt Ledergerber. Im Begegnungszentrum sollen sich Mitarbeitende und Klienten sowie externe Besuchende begegnen können. Dass man auf dem richtigen Weg sei, zeige auch die Unterstützung diverser Sponsoren, findet sie. Und: «Wir haben fünf Millionen von privaten Förderern erhalten, das freut uns sehr.»

Im Vorfeld sei es zu Verzögerungen gekommen. Dies im Wesentlichen wegen der seit 2022 verteuerten Baumaterialien. Und wegen des Entscheids, auf den Dächern der Ersatzneubauten Kindergarten und Tagessonderschule zusätzlich eine Fotovoltaikanlage zu installieren, die eigenen Strom produziert. Das schreibt die Sonnhalde auf ihrer Website. Den letzten Neubau, das Wohnzentrum Apfelsee, habe man 2013 eröffnen können.